

**Neue Strukturen – bewährte Methoden?  
Was bleibt vom Archivwesen der DDR?  
15. Archivwissenschaftliches Kolloquium**

**Veranstalter:** Archivschule Marburg  
**Datum, Ort:** 23.11.2010–24.11.2010, Marburg  
**Bericht von:** Andreas Becker, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz/Archivschule Marburg; Bastian Gillner, Hessisches Staatsarchiv Marburg/Archivschule Marburg; Christian Reinhardt, Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden/Archivschule Marburg; Eva Rödel, Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart/Archivschule Marburg

Das zwanzigjährige Jubiläum der Wiedervereinigung nahm die Archivschule Marburg zum Anlass, beim 15. Archivwissenschaftlichen Kolloquium das Archivwesen der DDR und seine Nachwirkungen über das Jahr 1990 hinaus zu beleuchten.

Eröffnet wurde das Kolloquium mit einem Vortrag von MARIANNE BIRTHLER (Berlin), der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Sie lieferte einen Blick auf den Umgang mit dem Schriftgut dieses geheimpolizeilichen Apparates in den Jahren 1989/90 und der daraus resultierenden Entstehung des Amtes des/der Bundesbeauftragten. Die Sicherung des Schriftgutes vor der Vernichtung sowie seine Aufbewahrung und Zugänglichmachung war maßgeblich dem Handeln der Bürgerrechtsbewegung zu verdanken, die die Öffnung der Akten durchsetzen konnte. Der avisierte Übergang der Stasi-Akten an das Bundesarchiv und deren damit drohendes Verschwinden hinter den jahrzehntelangen archivischen Schutzfristen riefen aber starken Widerstand hervor. Einem ersten Stasi-Unterlagen-Gesetz der Volkskammer folgte schließlich ein entsprechendes Gesetz des Bundestages, das den Grundstein für die Entstehung der Stasi-Unterlagen-Behörde legte. Ungeachtet erster Schätzungen ist das Interesse an ihren Beständen auch zwanzig Jahre nach ihrer Gründung noch nicht erlahmt, vielmehr findet in dem – eng gesteckten – Rahmen des Gesetzestextes eine rege Nutzung statt.

In der ersten Sektion standen die Strukturen und Nachwirkungen in ausgewählten Archivsparten im Mittelpunkt. Zunächst gab HERMANN SCHREYER (Potsdam) einen Überblick über das staatliche Archivwesen der DDR. Schreyer arbeitete in seinem Vortrag vier Phasen in der Entwicklung des DDR-Archivwesens heraus: Die erste Phase (1945 bis 1957) bezeichnete er dabei als die bürgerliche Phase, in der sich die Strukturen wenig von denen in Westdeutschland unterschieden. Erst langsam kam es zu einer Politisierung des Archivwesens, u.a. durch den Aufbau der Staatlichen Archivverwaltung. Die Phase von 1958 bis 1968 dagegen waren die Jahre des massiven Auf- und Ausbaus eines sozialistischen Archivwesens. Die damalige Staatsführung machte es sich zum Ziel, das „reaktionäre und verwehrlose Archivwesen“ auf Linie zu bringen und es gegenüber dem bundesrepublikanischen abzugrenzen. Dementsprechend wurde den DDR-Archivaren etwa verboten, Fachbeiträge im Westen zu veröffentlichen. Gleichzeitig wurden die OVG und andere Handreichungen ausgearbeitet, das Archivwesen der DDR immer weiter zentralisiert und Behördenarchive gefördert. In der Periode der forcierten Einbeziehung des Archivwesens in von Partei und Staat diktierte Aufgabenstellungen (1968 bis 1982) wurden die Kontakte zwischen beiden Archivwesen noch stärker eingeschränkt. So wurden, um die Erteilung von Auskünften an Bundesbürger besser kontrollieren zu können, die Einheiten der Auskunft von den Erschließungsabteilungen getrennt und erstere mit politisch verlässlichen Mitarbeitern besetzt. Auch gewannen die Parteiarchive zum Nachteil der staatlichen Archive an Bedeutung. Die vierte und letzte Phase (1983 bis 1990) war schließlich von Stagnation und Reformunfähigkeit geprägt.

Anschließend widmete sich HORST HENNING PAHL (Bundesarchiv, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [SAPMO], Berlin) dem Umgang mit dem Schriftgut der Parteien- und Massenorganisationen der DDR nach 1990. Dieses verlor nach dem Zusammenbruch der DDR seine institutionelle Einbindung, weshalb zunächst geklärt werden musste, wer für das Archivgut zuständig war, wem es gehör-

---

te und was mit ihm geschehen sollte. Letztlich entschied man sich für die Errichtung der SAPMO. Einer anfänglichen Sicherung des Archivguts folgte dessen verstärkte Nutzbarmachung. Dabei wurden Bestände neu gebildet, geordnet und verzeichnet, in anderen Fällen wurden die vorgefundenen Bestandsgliederungen beibehalten und die Erschließungsinformationen fortgeführt.

Im dritten Vortrag dieser Sektion berichtete BIRGIT SALAMON (BStU, Berlin) über das archivische Erbe der Staatssicherheit, das heute von der im Dezember 1991 mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz geschaffenen Behörde der Bundesbeauftragten betreut wird. Während die Unterlagen, die bereits durch das Ministerium für Staatssicherheit archiviert worden waren, gut geordnet und erschlossen waren, wiesen die Unterlagen, die sich noch 1989/90 in den einzelnen Dienststellen der Stasi befanden und die von den Bürgerrechtlern vor der Vernichtung gerettet wurden, einen schlechten Ordnungszustand auf. Ihrer Erschließung widmet sich die Behörde zurzeit vorrangig. Ergänzend stellte KARSTEN JEDLITSCHKA (BStU, Berlin) dem Auditorium die „geheime Ablage“ vor, die die Stasi 1953 in der Berliner Zentrale einrichtete und in der sich der schriftliche Niederschlag der besonders heiklen Fälle, wie z.B. von Ermittlungen gegen eigene Mitarbeiter oder die Aktivitäten des MfS zur Unterstützung der Arbeit von Geheimdiensten der Ostblockstaaten, befanden.

Anschließend betrachtete KATRIN VERCH (Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam) das Wirtschaftsarchivwesen der DDR genauer. Vor dem Hintergrund der sozialistischen Wirtschaftsauffassung wanderte auch das Schriftgut vieler Betriebe in die staatlichen Archive. Allenfalls industrielle Großbetriebe unterhielten eigene Verwaltungsarchive und durften seit 1965 sogar Endarchive werden. Bedingt durch diese Strukturen waren Wirtschaftsarchive und -archivare immer auch fester Bestandteil der archivischen Fachdiskussion. In viel höherem Maße als in den westdeutschen Bundesländern hat sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR somit eine qualitativ und quantitativ reiche Überlieferung erhalten, die tiefe Einblicke in ökonomische Strukturen erlaubt.

Die Rolle der Stadt- und Kreisarchive thematisierte schließlich GERALD KOLDITZ (Sächsisches Staatsarchiv, Leipzig). Auch wenn diese nicht der staatlichen Archivverwaltung, sondern den örtlichen Staatsorganen unterstellt waren, hatten sie doch einen festen Platz im Archivwesen der DDR. Die Unterschiede zwischen ihnen waren jedoch groß. Die Archive der Bezirkshauptstädte etwa waren personell und materiell deutlich besser ausgestattet als viele Kreisarchive, die ihre Aufgaben vielfach kaum erfüllen konnten. Regionale Zusammenarbeit erschien bisweilen als Lösung des Problems, die auch ohne Mitwirkung der staatlichen Archivverwaltung praktiziert wurde. Eine reichhaltige und vielschichtige Überlieferung gehörte hier ebenso zur Realität wie die Sperrung von Beständen vor vermeintlich unpassenden Benutzern.

Die zweite Sektion beschäftigte sich mit der Archivarsausbildung in Theorie und Praxis. LUTZ SCHILLING (Thüringisches Staatsarchiv, Gotha) bot einen betont subjektiven Einstieg in die Thematik. Zwar habe die Archivarsausbildung an der Humboldt-Universität weder tiefere Sprachkenntnisse vermittelt noch sei sie von fachfremdem Unterricht (etwa Zivilverteidigung) frei gewesen. Doch habe die direkte Einbettung von Praktika während des Studiums zu einer engen Verzahnung von Theorie und Praxis geführt. Die Lehrbriefe seien zwar ideologisch verbrämt gewesen, enthielten allerdings zugleich fundiertes Fachwissen. In Verbindung mit einer „systemunabhängigen Berufsehere“ trug die Fachausbildung in der DDR wesentlich dazu bei, dass die Absolventen der Humboldt-Universität auch nach 1990, soweit politisch unbelastet, die ersten Klippen der Wendezeit umschiffen konnten.

Auch CHRISTINE GOHSMANN (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin) hob aus eigener Anschauung die starke Berufsnähe der Ausbildung der Diplom-Archivare an der Fachschule Franz Mehring in Potsdam hervor. Die Lehrinhalte schwankten über die Jahrzehnte hinweg: So wurde nach 1961 die Ausbildung verlängert, mit dem Ziel einen stärkeren Praxisbezug einzubringen. Dieser starke Praxisbezug brachte jedoch auch eine Schwächung der Vermittlung der Fachwissenschaften mit

sich. Bereits 1973 wurde der praktische Unterrichtsabschnitt gekürzt und durch Unterricht in den ideologischen Fächern ersetzt. Es wurde seitens der Archivverwaltung viel experimentiert, was insgesamt jedoch zu einer Schwächung der Fachwissenschaften führte.

SIGRID UNGER (Historisches Archiv des Vogtlandkreises, Oelsnitz) stellte die 1962 eingeführte zwei-, später dreijährige Berufsausbildung zum „Archivassistenten“ vor. Die Ausbildung selbst war direkte Folge des herrschenden Fachkräftemangels. Die 1970er Jahre brachten eine Erhöhung der inhaltlichen Anforderungen mit sich: Der Unterricht erhielt eine stärker theoretische Fundierung und nahm zugleich in ersten Ansätzen die elektronische Datenverarbeitung auf. Unger plädierte für die Einführung eines ähnlichen Ausbildungsberufs, da die Ausbildung zum Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste (FAMI) aus archivischer Sicht nicht fachspezifisch genug sei.

Archivische Fachaufgaben im Wandel der Systeme lautete das Thema der dritten Sektionssitzung, die sich u.a. mit Schriftgutverwaltung und Überlieferungsbildung befasste. KERSTIN RISSE (Bundesarchiv, Abt. DDR) schilderte eingangs die zum Teil chaotische Ausgangslage in der Schriftgutverwaltung, der in den 1950er Jahren durch die Schaffung von Verwaltungsarchiven in den DDR-Ministerien entgegenzuwirken versucht wurde. Zu den Aufgaben dieser Verwaltungsarchive sollten vor allem Sammlung und Sicherung des nicht mehr benötigten Schriftgutes gehören. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit bestanden bisweilen erhebliche Diskrepanzen. So wies das Verwaltungsarchiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen große Mängel auf und wurde über Jahre hinweg nur nebenbei betreut – der erste Verwaltungsarchivar wurde 1988 eingestellt. Das eigentliche Ziel der Verwaltungsarchive konnte in der Regel nicht erreicht werden; in vielen Behörden fehlte die Einsicht in den Nutzen von Verwaltungsarchiven, zudem mangelte es an qualifiziertem Personal.

Mit den verschiedenen Bewertungsinstrumenten im ost- sowie im westdeutschen Archivwesen beschäftigte sich ILKA STAHLBERG (Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam) in ihrem Vortrag. Sie ging ein-

gangs auf die unterschiedlichen Wertbegriffe und Aussonderungsprinzipien in West und Ost ein, um dann das Bewertungssystem in der DDR näher vorzustellen. Dieses verfügte über eine Reihe von Bewertungshilfsmitteln, wie etwa das Rahmendokumentationsprofil sowie Registraturbildnerlisten und ein Rahmenverzeichnis für die vereinfachte Kasation. In den Bewertungsinstrumenten wurde auf eine „schöpferische“ Anwendung bei der Bewertung hingewiesen, sodass Spielräume für individuelle Bewertungsentscheidungen gegeben waren.

GABRIELE VIERTTEL (Stadtarchiv Chemnitz) sprach zur Überlieferungsbildung im Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt/Chemnitz. Bereits 1981 war ein Dokumentationsprofil entwickelt worden, das in der Umsetzung jedoch auf Schwierigkeiten stieß. Gründe hierfür waren unterschiedliche Qualitäten bei der Schriftgutverwaltung, eine v.a. in den 1980er Jahren zunehmende Geheimhaltungseinstufung für Unterlagen, die somit nicht an das Archiv abgegeben werden konnten, und die Tatsache, dass die Berichterstattung vor dem Rat der Stadt mündlich ohne Anfertigung eines Verlaufsprotokolls erfolgte.

GISELA HAKER (Bundesarchiv, Abt. DDR, Berlin) verglich die Ordnungs- und Verzeichnungsgrundsätze für das staatliche Archivwesen der DDR (OVG) mit dem internationalen Erschließungsstandard ISAD (G). Die OVG kannte bereits das Prinzip der mehrstufigen Verzeichnung. Viele der von ISAD (G) festgelegten Elemente sah auch die OVG als verpflichtend an. Gerade der Zentralismus habe bei der Durchsetzung von Normen stark unterstützt. Einen Vergleich mit dem internationalen Standard müsse die OVG nicht scheuen.

Im letzten Fachvortrag zeigte PETRA RAUSCHENBACH (Bundesarchiv, Abt. DDR, Berlin) die Entwicklung des Zugangs zu Archivgut. Infolge der Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs der SED erfuhr das Zugangsrecht Ende 1957 eine Verschärfung, wodurch in den Staatsarchiven grundsätzlich kein Archivgut mehr ohne Genehmigung des Ministeriums des Inneren eingesehen werden durfte. In eine ähnliche Richtung zielten die Verordnungen von 1965 und 1976, deren Ziel die Sicherung der Interpretations-

---

hoheit von Archivgut durch DDR-Historiker war. Dies zeigte sich dadurch, dass Nutzungsanträge aus dem „kapitalistischen Ausland“ häufig abgelehnt wurden. Mit zeitlich begrenzten Ablehnungsweisungen versuchte man den ideologischen Gegner zu behindern. Durch das Fehlen eines Grenzzahres wurde jeder Benutzungsantrag zum Einzelfall. Somit stand der Informationsschutz vor der Benutzung. Erst seit dem 14. September 1989 mussten ablehnende Bescheide mit einer Begründung und einer Rechtsbehelfsbelehrung ausgestellt werden.

Eine gelungene Zusammenfassung der Tagung bot schließlich THEKLA KLUTTIG (Sächsisches Staatsarchiv, Leipzig). Der staatliche Archivfonds der DDR verfügte über eine vielgestaltige Überlieferung. Insbesondere ist hierbei an das umfangreiche Schriftgut der Wirtschaft zu denken, aber auch an manches Schriftgut aus den Gutsarchiven. Das Archivwesen der DDR war ideologisch bedingt zentralistisch, erwies sich damit aber als leistungsfähig. Die theoretische Auseinandersetzung mit den Fachfragen verfügte über einen hohen Standard, gerade was Überlieferungsbildung oder Erschließung anbelangte. Einen vergleichbaren Standard erreichte die BRD nicht, und auch heute ist ein gemeinsames Hinwirken auf solche Standards durch die föderalen Rahmenbedingungen – trotz allen Einsatzes des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare (VdA), der Bundeskonferenz der Kommunalarchive (BKK) oder der Archivreferentenkonferenz (ARK) – schwierig. Besonders hervorzuheben ist auch die solide Ausbildung innerhalb des DDR-Archivwesens. Sie vermittelte ein gutes Grundgerüst und brauchte den Vergleich mit der westdeutschen Ausbildung nicht zu scheuen. Letztlich wurde 1990 manche fachliche Entwicklung gekappt, von deren Weiterführung das deutsche Archivwesen insgesamt hätte profitieren können.

### **Tagungsübersicht:**

Marianne Birthler, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Berlin:  
Vergangenheit für die Zukunft. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Hilfe der Stasi-

Akten

### *Sektion 1: Strukturen und Nachwirkungen in ausgewählten Archivsparten*

Hermann Schreyer, Potsdam:

Das staatliche Archivwesen der DDR - ein Überblick unter besonderer Berücksichtigung der politischen und fachlichen Besonderheiten

Horst Henning Pahl, Bundesarchiv, SAPMO, Berlin:

„Archivierung von Archiven“ - der Umgang mit dem Schriftgut der Parteien und Massenorganisationen der DDR nach 1990

Birgit Salamon/Karsten Jedlitschka, BStU, Berlin:

Das archivistische Erbe der Staatssicherheit

Katrin Verch, Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam:

Wirtschaftsarchivwesen der DDR - Praxis und Nachwirkungen

Gerald Kolditz, Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig:

„Kommunalarchive“ in der DDR - Spielräume im staatlichen Archivwesen?

### *Sektion 2: Die Archivarsausbildung zwischen Theorie und Praxis*

Lutz Schilling, Thüringisches Staatsarchiv, Gotha:

ius archivi - archivwissenschaftliche Ausbildung an der Humboldt-Universität zwischen Zwang und Wirklichkeit der 80er Jahre

Christine Gohsmann, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin:

Gut vorbereitet für die (Archiv-)Praxis? Struktur und Inhalte des Studiums zum/zur Diplom-Archivar/in (FH) in Potsdam vor und nach 1990

Sigrid Unger, Historisches Archiv des Vogtlandkreises, Oelsnitz:

Nur ein Assistent im Archiv? - Zur Archivassistenten-Ausbildung in der DDR

### *Sektion 3: Archivische Fachaufgaben im Wandel der Systeme*

Kerstin Risse, Bundesarchiv, Abt. DDR, Berlin:

Schriftgutverwaltung und Archivierung in

DDR-Ministerien - Anspruch und Realität der  
Verwaltungsarchive

Ilka Stahlberg, Brandenburgisches Landes-  
hauptarchiv, Potsdam:  
Bewertungsinstrumente in Ost und West - ein  
Methodenvergleich

Gabriele Viertel, Stadtarchiv Chemnitz:  
Überlieferungsbildung des Stadtarchivs Karl-  
Marx-Stadt/Chemnitz

Gisela Haker, Bundesarchiv, Abt. DDR, Berlin:  
Erschließung in staatlichen Archiven der  
DDR - Regeln, Ergebnisse und Nachhall

Petra Rauschenbach, Bundesarchiv, Abt.  
DDR, Berlin:  
Zugang zu Archivgut - Norm und Praxis

Zusammenfassung und Abschlussdiskussion  
Thekla Kluttig, Sächsisches Staatsarchiv,  
Staatsarchiv Leipzig

Tagungsbericht *Neue Strukturen – bewährte  
Methoden? Was bleibt vom Archivwesen der  
DDR? 15. Archivwissenschaftliches Kolloquium.*  
23.11.2010–24.11.2010, Marburg, in: H-Soz-  
Kult 25.01.2011.